

## Liebe Parteifreunde,

Im kommenden Jahr können wir auf vierzig Jahre Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zurückblicken. Wenn wir uns an die Ausgangssituation erinnern, dann bietet dieses Jubiläum Anlaß zur Genugtuung, ja — bei aller gebotenen Bescheidenheit — auch zum Stolz. Auf dem Fundament des Grundgesetzes ist es gelungen, einen freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat aufzubauen. Unsere staatliche Ordnung hat sich als stabil und entwicklungsfähig erwiesen. Die Bundesrepublik Deutschland ist in dieser Zeit unwiderruflich zu einem festen Bestandteil im Bündnis der freien Staaten geworden. Sie genießt in hohem Maße die Zustimmung ihrer Bürger, die Freundschaft der Verbündeten sowie Respekt und Ansehen überall in der Welt.

In diesen vier Jahrzehnten hat die Christlich Demokratische Union Deutschlands die Geschichte unseres Staates entscheidend mitgeprägt. Die meiste Zeit davon stellte sie den Bundeskanzler und war als führende Regierungspartei an der Gestaltung der Politik maßgeblich beteiligt.



FREIHEIT  
WOHLSTAND  
SICHERHEIT



FREIHEIT  
WOHLSTAND  
SICHERHEIT



## HEUTE aktuell

- Musterrede/40 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Grüner Teil
- Zeittafel zur Entstehung und Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Gelber Teil
- 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland/Aktionen für kommunale CDU-Fraktionen, Verbände und Vereinigungen der CDU. Blauer Teil

Es waren christliche Demokraten, die wesentliche Grundentscheidungen herbeigeführt und durchgesetzt haben. Ich erinnere nur an die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft und an die Westintegration: Entscheidungen, für die bis heute die Namen Konrad Adenauer und Ludwig Erhard stehen — aber zum Beispiel auch Kurt-Georg Kiesinger und Franz Josef Strauß.

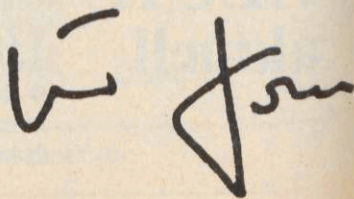
So ist das vierzigjährige Bestehen der Bundesrepublik Deutschland auch für uns christliche Demokraten Anlaß zum geschichtlichen Rückblick wie zur dankbaren Erinnerung. Von Anfang an war die Christlich Demokratische Union Deutschlands — gemeinsam mit ihrer Schwesterpartei, der Christlich-Sozialen Union — als wichtigste große Volkspartei die führende Kraft in unserem Land — und sie wird es bleiben.

Auch für eine politische Partei gilt die Erkenntnis: Nur wer die eigene Geschichte kennt, kann die Gegenwart begreifen und die Zukunft gestalten. Nicht zuletzt darum wird es beim vierzigjährigen Jubiläum unserer Bundesrepublik Deutschland gehen: daß wir uns als CDU unserer eigenen historisch gewachsenen Identität bewußt bleiben und aus solchem Bewußtsein heraus das Richtige für die Zukunft tun.

Ich rufe alle Mitglieder der Christlich Demokratischen Union — vor allem auf Kreis- und Ortsebene — dazu auf, das vierzigjährige Bestehen der Bundesrepublik Deutschland mit eigenen Veranstaltungen zu würdigen.

Wir schulden dies nicht nur dem Selbstverständnis unserer Partei, sondern vor allem auch unseren jungen Mitbürgern. Sie haben ein Anrecht auf ein vielseitiges, ausgewogenes und möglichst umfassendes Bild unserer Geschichte — und dazu gehören notwendigerweise der Beitrag sowie die Sicht der Christlich Demokratischen Union.

Dabei wissen wir auch: Die Zustimmung zu unserer freiheitlichen Ordnung hängt nicht zuletzt davon ab, daß man ihre geschichtlichen Wurzeln kennt sowie die Entwicklung, die die Bundesrepublik Deutschland seit 1945 genommen hat. Wirken wir daran mit, dieses Wissen zu fördern und zu erhalten — nicht in unkritischer Weise, sondern im Bemühen um Wahrhaftigkeit, im leidenschaftlichen Bekenntnis zur Demokratie und im Bewußtsein unserer Verantwortung für die junge Generation.



## Helmut Kohl auf dem CSU-Parteitag

# Wir sind und bleiben Schwesterparteien

**Auf dem CSU-Parteitag  
am 19. November 1988 in München  
sagte der Parteivorsitzende,  
Bundeskanzler Helmut Kohl, u. a.:**

Liebe Freunde aus der CSU! Ich darf Ihnen zu diesem wichtigen Parteitag die herzlichen Grüße und die guten Wünsche der CDU Deutschlands überbringen. Es ist ein Parteitag, der einen tiefen Einschnitt bedeutet in der Geschichte der CSU, aber auch in der Geschichte unserer beiden Unionsparteien. Denn es ist der erste Parteitag seit bald 30 Jahren, auf dem nicht mehr Franz Josef Strauß als Vorsitzender der CSU die bestimmende Gestalt ist.

Wir haben in ihm einen großen bayerischen und deutschen Patrioten verloren: einen Mann, der wie wenige andere die vier Jahrzehnte der Geschichte unserer Bundesrepublik Deutschland geprägt hat; einen Weltbürger, der nie gleichsam vom Kirchturm aus gedacht, überlegt, formuliert hat; einen überzeugten Europäer, der — ich erinnere mich an unsere erste gemeinsame Veranstaltung 1953, ich war damals 23jähriger Student — die große Mission Europas deutlich machte; einen, der wußte, daß Freiheit nicht zum Nulltarif zu haben ist, der ja sagte zum Aufbruch in eine neue Zukunft jenseits des Nationalstaates des 19. Jahrhunderts; einen überzeugten bayerischen Föderalisten, für den Heimat Urgrund seines eigenen Schaffens war.

Franz Josef Strauß war ein Mann des offenen und des kräftigen — auch des streitigen — Wortes, grundsatztreu und

zugleich aufgeschlossen für Missionen zugunsten der Welt von morgen. Wenn heute hier zu Beginn des Parteitags gesagt wurde, wir seien seinem Erbe verpflichtet, gilt das für uns gemeinsam in der Union. Meine lieben Freunde, man erweist sich einem Erbe nur dann wirklich als verpflichtet, wenn man das, was gestaltet worden ist, auch tatsächlich annimmt und mit Blick auf die Zukunft weitergibt. Dieser Tag hier zeigt die Fähigkeit der CSU, aus der schweren Erfahrung der letzten Wochen heraus Zukunft zu gewinnen. Was wir hier eben erlebt haben, ist ein grandioses Beispiel für dieses Ja zum Erbe von Franz Josef Strauß und für den Willen, darauf aufbauend die Zukunft zu gestalten.

So ist das Nächste, das ich sagen möchte, ein sehr herzliches Wort der Gratulation an unseren Freund Theo Waigel. Er hat dieses Ergebnis wirklich verdient: und zwar deshalb, weil er — und das wurde spürbar in seiner Vorstellungsrede und seinem kurzen Dankeswort an die Delegierten — nie zu jenen gehörte, die sich nach vorne drängen, um an ihrem eigenen Profil zu arbeiten, sondern weil er stets ein Mann war, der sich selbst in die Pflicht nahm — ein Mann, der dienen kann. Das ist eine wichtige Gabe, denn eine Demokratie ohne Männer und Frauen, die zu dienen verstehen, hat keine Zukunftschancen.

Lieber Theo Waigel, ich wünsche Ihnen eine glückliche Hand, ich wünsche Ihnen viele gute, freundschaftlich verbundene Weggenossen, wenn es um den Alltag des Parteivorsitzenden geht. Die Hochämter

sind heute, aber der Alltag kommt als bald. Ich wünsche Ihnen, daß viele dabei hilfreich sind als gute Freunde und Kameraden, und ich wünsche Ihnen viel Kraft und Gottes Segen. Was ich tun kann in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der CDU, werde ich selbstverständlich tun, um in herzlicher Freundschaft den Weg der Union mit Ihnen gemeinsam zu gehen.

Ich möchte auch die gute Gelegenheit nutzen, ein Wort an meinen alten Freund Max Streibl zu richten. Lieber Max Streibl, Sie stehen in einer großen Tradition bayerischer Ministerpräsidenten: Hanns Seidel, Hans Ehard, Alfons Goppel, Franz Josef Strauß. Das ist ein Werk, das ist eine Tradition, die nicht nur verwaltet sein wollen, sondern auch in die Zukunft geführt werden müssen. Über viele Jahre hinweg haben Sie zahlreiche verantwortungsvolle Aufgaben wahrgenommen. Sie sind ein großartiger Repräsentant Ihrer bayerischen Heimat. Nach vielen Jahren, ja vielen Jahrzehnten politischer Gemeinsamkeit kenne ich Sie als guten Kamerad, als guten Freund. Daher gelten auch dem bayerischen Ministerpräsidenten nicht nur alle meine guten Wünsche, sondern ganz selbstverständlich auch mein herzliches Angebot freundschaftlicher Zusammenarbeit.

Ich denke, liebe Freunde, das, was ich hier eben zu zwei Freunden sagen durfte, sollte eigentlich der Grundtenor innerhalb der Union sein. Bei allem, was es zwischen uns — CDU und CSU — an Unterschieden geben mag — in regionalen Besonderheiten, in heimatlichen Traditionen: Wir sind und wir bleiben Schwesterparteien. Das schließt viel in sich ein: die enge geistige Verwandtschaft — die Blutsverwandtschaft, wenn Sie so wollen — aber auch die Möglichkeit, daß — wie es nun einmal in Familien gelegentlich vorkommt — Krach herrscht

und der Hausseggen schief hängt. Aber das Entscheidende ist: Wir sind eine Familie, und wir wollen es auch in Zukunft bleiben.

Das schließt nicht die klare Feststellung aus, daß hier zwei selbständige, zwei eigenständige Parteien miteinander verbunden sind. Doch nur gemeinsam sind wir unersetzlich in der deutschen Parteienlandschaft.

\*\*\*

### **Zur Wahl von Theo Waigel zum neuen Vorsitzenden der CSU führte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, in der Fraktionssitzung der CDU/CSU folgendes aus:**

Die Wahl von Theo Waigel zum Vorsitzenden der CSU ist ein großes Ereignis in der Geschichte der bayerischen Unionschwester. Er hat ein unglaubliches Wahlergebnis erreicht, das sogar die Strauß-Ergebnisse — jedenfalls aus vielen Jahren — übertroffen hat. Das ist ein großes Zeichen der Solidarität innerhalb der CSU, nachdem ihr großer Vorsitzender Strauß aus ihrer Mitte gerissen wurde.

Wir haben jetzt wieder beide Parteivorsitzenden der Schwesterparteien in der Fraktion. Ich glaube, daß das der Zusammenarbeit nur dienlich sein kann. Daran, daß die CSU eine eigenständige Partei bleibt, kann es keinen Zweifel geben. Alles andere würde eine Schwächung der Gesamtunion bedeuten.

CDU und CSU sind eigenständig, aber keine Antipoden. Beide sind Parteien der Mitte; so hat es Theo Waigel auf dem Parteitag der CSU in München formuliert. Für beide Parteien gilt, daß sie — auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes — das soziale, das liberale und das konservativ-nationale Element miteinander verbinden. Alle diese Elemente sind unentbehrlich. Keines darf aus dem Zusammenhang gerissen und als Teilwahrheit verabsolutiert werden.

# Rita Süßmuth wird das wichtigste Amt hervorragend ausfüllen

Als Nachfolgerin von Philipp Jenninger wird am Freitag die Vorsitzende der CDU-Frauen-Union, die Bundesministerin Rita Süßmuth, als Bundestagspräsidentin gewählt. Dazu erklärte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler:

Die CDU Deutschlands begrüßt die Entscheidung für Frau Süßmuth. Mit der Wahl Rita Süßmuths wird den hohen Erwartungen und Anforderungen entsprochen, die von der deutschen Öffentlichkeit an dieses zweithöchste Staatsamt gestellt werden. Rita Süßmuth hat sich durch ihre wissenschaftliche Tätigkeit

und in ihrem Amt als Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit weit über das politische Alltagsgeschäft und die Parteigrenzen hinaus einen Ruf erworben, der durch Sachkunde, engagiertes und mutiges Eintreten für eine moderne Frauenpolitik der CDU, Weltoffenheit und Toleranz gekennzeichnet ist. Insofern bedeutet die Wahl von Frau Süßmuth auch eine Anerkennung ihrer bisherigen politischen Arbeit.

Ich bin sicher, daß sie das für den Deutschen Bundestag und unser demokratisches Gemeinwesen so wichtige Amt hervorragend ausfüllen wird.

## Nicht irremachen lassen

Generalsekretär Heiner Geißler erklärte im ZDF zur Situation der CDU:

„... Ich würde sagen, daß die CDU von einer heilsamen Unruhe erfaßt ist. Das hängt ganz einfach damit zusammen, daß unsere Mitglieder, aber auch unsere Wähler, konfrontiert werden mit der Tatsache, daß die CDU eine Fülle von Problemen angepackt hat; denken Sie nur an die Gesundheitsreform. Hier stoßen vielfältige Interessen aufeinander. Die Diskussionen draußen vor Ort sind heftig, dem sind unsere Leute ausgesetzt. Es gibt noch eine ganze Reihe von anderen Gründen. Ich will auch gar nicht bestreiten, daß Fehler gemacht worden sind. Aber ich meine, wir haben allen Grund, auch angesichts der gesamten positiven wirtschaftlichen Entwicklungen, der Leistungen, die die Bundesregierung erbracht hat, jetzt nicht uns negative Zensuren zu erteilen, sondern etwas cool zu bleiben, auch angesichts der etwas schlechteren Demoskopien. Als die Sozialdemokraten in Bonn an der Regierung waren, haben sie in der Mitte der Legislaturperiode immer schlechte Demoskopien gehabt. In der Zeit von 1953 bis 1957 hatte die CDU unter der Kanzlerschaft von Konrad Adenauer im Durchschnitt bei den Landtagswahlen neun Prozent verloren, und 1957 haben wir die absolute Mehrheit bekommen. Ich will keine Schönfärberei betreiben, aber ich appelliere an die Mitglieder in meiner Partei, daß wir uns jetzt von solchen Demoskopien nicht irremachen lassen. Es gibt ja zur CDU sachlich keine vernünftige Alternative...“

# Solides Wachstum – Aufschwung geht auch 1989 weiter

Der Konjunkturaufschwung, der sich in diesem Jahr unerwartet kraftvoll entwickelte, setzt sich 1989 mit solidem Tempo fort. Das reale Sozialprodukt wird um knapp 2,5 Prozent wachsen, die Zahl der Erwerbstätigen um 225 000 zulegen. Der Verbraucherpreisanstieg bleibt mit rund 2 Prozent mäßig. Der Exportüberschuß geht bei zunehmendem Importdruck nun auch in nominaler Rechnung zurück. Das sind einige der wichtigsten Eckdaten der neuesten Prognose des Instituts für Wirtschaftsforschung in Köln für das kommende Jahr.

Damit geht die gute Konjunktur schon ins siebte Jahr. Das hat es bisher in der Bundesrepublik nur in den fünfziger Jahren gegeben.

Was hat der Arbeitnehmer davon? Für

1989 erwartet das Kölner Institut mit plus 5,5 Prozent einen kräftigen Schub bei den Ausrüstungsinvestitionen. Das bedeutet mehr Maschinen, neue Werkshallen und neue Arbeitsplätze: Rund 225 000 Jobs, so schätzen die Kölner Konjunkturforscher, werden zusätzlich entstehen. Wenn sich trotzdem nichts an der Zahl der Arbeitslosen ändert, liegt das daran, daß im gleichen Umfang die Zahl der Menschen steigt, die eine Arbeit haben wollen. Das sind vor allem Frauen, Asylanten und Aussiedler.

Was bedeutet das für den Verbraucher? Die Verbraucherpreise werden mit plus 2 Prozent auch 1989 nur mäßig steigen (1988: gut 1 Prozent).

Insgesamt — so die Analyse des Instituts — erscheinen die Konjunkturperspektiven für 1989 in einem rosigen Licht.

Heiner Geißler:

## Desinformationskampagne

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat an das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ den nachfolgenden Leserbrief geschickt:

„In der Ausgabe Nr. 47 des ‚Spiegel‘ vom 21. November 1988 legt mir der ‚Spiegel‘ — teils in direkter, teils in indirekter Rede — Äußerungen in den Mund, die das Ziel verfolgen, Bundeskanzler Helmut Kohl und seine politische Arbeit verächtlich zu machen. Ich stelle fest, daß ich die mir vom ‚Spiegel‘ zugeschriebenen Äußerungen weder wörtlich noch sinngemäß gemacht habe.“

Für die CDU sind diese unrichtigen Behauptungen wie auch weite Teile des übrigen ‚Spiegel‘-Artikels unter der Überschrift ‚Niemand darf im Amt bequem werden‘ der Versuch, mit falschen Zitaten, unbewiesenen Behauptungen, willkürlichen Verknüpfungen, Formulierungen in indirekter Rede und einer Vermischung aus angeblichen Tatsachen, Unterstellungen und Kommentierungen Zwietracht innerhalb der CDU und ihrer Führung zu säen. Offenbar verfolgt der ‚Spiegel‘ die Absicht, eine Desinformationskampagne nun auch in Bonn zu starten, unter Mißachtung der Wahrheit und zum Schaden der Union. Solche Art von ‚Berichterstattung‘ hat mit einem fairen Journalismus nichts mehr zu tun.“

Sachverständigenrat:

# Ins siebte Jahr des Aufschwungs

**„Die deutsche Wirtschaft kann Ende 1988 auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Sie startete mit viel Schwung, und sie hielt das Tempo bislang bei, ohne erkennbare Zeichen von Ermüdung. Die Aussichten sind gut, daß sie auch im Jahre 1989 auf einem Expansionspfad bleibt.“**

Dies ist die Botschaft des soeben vorgelegten Jahresgutachten 1988/89 des Sachverständigenrates, bekannt als der „Rat der fünf Weisen“.

Entgegen allen Unkenrufen von SPD und anderen professionellen Miesmachern stellen die Wirtschaftswissenschaftler fest: **„In der Bundesrepublik sind die Auftriebskräfte stärker geworden, sie haben der Wirtschaft neuen Schwung gegeben. Der Anstieg der Auslandsnachfrage trug dazu ebenso bei wie die expansiven Kräfte im Inneren, allen voran die gewerblichen Investitionen, aber auch der private Verbrauch und die Baunachfrage. Die Basis der Aufwärtsentwicklung ist breiter geworden; dies kam auch Wirtschaftsbe-reichen zugute, die an dem Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre nicht in vollem Maße teilhaben konnten.“**

Das Tempo der Aufwärtsentwicklung hat sich beschleunigt. **Im Jahresdurchschnitt 1988 wuchs die gesamtwirtschaftliche Produktion um 3,5%.** Damit verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik wesentlich besser, als es in den letzten Monaten des Jahres 1987 erwartet worden war.

**Vor allem von den Investitionen gingen in diesem Jahr kräftige Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung aus. Steigende Ausgaben für Ausrüstungen und Bauten**

**verliehen der Aufwärtsentwicklung neuen Schwung und verbreiterten ihr Fundament.** Entscheidend war nach Ansicht der Sachverständigen, daß die Unternehmen wieder Vertrauen gefaßt haben, die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung werde weitergehen. Ihre Absatzperspektiven haben sich in diesem Jahr nicht nur im Inland, sondern auch auf wichtigen Auslandsmärkten wieder deutlich verbessert. Insbesondere die Bauwirtschaft kann auf ein gutes Jahr 1988 zurückblicken. Der kräftige Anstieg der gewerblichen Bauinvestitionen mit 6% Wachstum trug dazu bei, daß die Belegung in der Bauwirtschaft besser ausfiel, als es im Herbst 1987 abzusehen war. Starke Impulse kamen auch vom Wohnungsbau, vor allem im Mietwohnungsbau hat sich die Marktlage grundlegend verändert.

**Der private Verbrauch trug auch in diesem Jahr zur gesamtwirtschaftlichen Expansion maßgeblich bei. Ein deutlicher Zuwachs der Nettoeinkommen, nahezu stabile Preise und eine weitgehend unveränderte Konsumneigung führten zu einer Ausweitung um real 3%.**

Ausdrücklich positiv bewerten die Sachverständigen die 2. Stufe der Steuerreform der CDU-geführten Bundesregierung.

**„Aufgrund der Steuerentlastung zu Anfang dieses Jahres stiegen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nochmals kräftig an. Und was den Haushalten an Einkommen zufließt, wurde durch Preissteigerungen nur wenig entwertet.“**

Aber auch im Exportgeschäft verzeichnen die Gutachter Positives: Der Export gehörte in diesem Jahr sogar wieder zu den Antriebskräften der Konjunktur.

**„Die deutsche Exportwirtschaft, deren Ausfuhrvolumen vom Frühjahr 1985 bis weit in das letzte Jahr hinein praktisch stagniert hatte, konnte wieder beträchtliche Absatzsteigerungen verbuchen.**

Exportserfolge wurden vor allem in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft und in den übrigen Ländern Westeuropas erzielt.“ Insgesamt lag die Ausfuhr real um 5,5% über dem Niveau des Vorjahres.

„Für die deutsche Exportwirtschaft war das Jahr 1988 aber nicht nur im Hinblick auf das ansteigende Ausfuhrvolumen erfolgreich. Verbessert hat sich auch die Rentabilität des Exportgeschäfts. Bei wieder steigenden Exportpreisen und mäßigem Kostendruck im Inland konnten die Gewinneinbußen, die viele Exporteure in den vergangenen Jahren zur Wahrung ihrer Marktanteile hinzunehmen hatten, teilweise ausgeglichen werden.“

**Die wirtschaftliche Belebung hat sich auch auf die Beschäftigungsentwicklung positiv ausgewirkt. Die Anzahl der Erwerbstätigen lag zum Jahresende um rund 175 000 höher als ein Jahr zuvor.**

Neben den Beschäftigtenzahlen weisen auch andere Indikatoren auf eine Nachfragebelebung am Arbeitsmarkt im Jahre 1988 hin. So wurden weniger Menschen durch Entlassung arbeitslos; die Anzahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen erhöhte sich weiter.

Der Sachverständigenrat: „Es ist hervorzuheben, daß die Grundtendenz der Beschäftigungsentwicklung weiter nach oben gerichtet ist. Seit dem Tiefpunkt der Beschäftigung Ende 1983 sind zusätzlich 923 000 Beschäftigungsverhältnisse für Arbeitnehmer entstanden.“

Für 1989 sehen die Konjunkturforscher ein Anhalten der positiven Entwicklung voraus. **Den Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Wachstums veranschlagen sie für 1989 auf 2,5%.**

Auch die Ausrüstungsinvestitionen werden unvermindert rasch ansteigen, die Sachverständigen rechnen mit einem Wachstum von 6,5%. Die Konjunktur wird auch im kommenden Jahr von den Investitionen und vom Export weiterhin Auftrieb erhalten, so prognostiziert der Sachverständigenrat einen Anstieg der Exporte um 4,5%.

**Der Sachverständigenrat ist zuversichtlich, daß das Exportgeschäft auch im kommenden Jahr schwungvoll sein wird. Alles in allem rechnet er mit einer Steigerungsrate bei den deutschen Ausfuhren von gut 5%.**

Die gute Konjunktur sorgt auch für Lichtblicke auf dem Arbeitsmarkt: „Insgesamt veranschlagen wir den Anstieg der Beschäftigung für den Verlauf des Jahres 1989 auf 200 000 Personen (175 000 für den Verlauf des Jahres 1988). Seit die Aufwärtsentwicklung auch den Arbeitsmarkt erfaßt hat, seit Ende 1983, haben bis Ende 1988 nicht weniger als 923 000 abhängig Beschäftigte einen Arbeitsplatz gefunden, und bis Ende 1989 dürften es mehr als eine Million geworden sein. Es kann also keine Rede davon sein, daß sich die Beschäftigungschancen in dieser Zeit nicht verbessert haben.“

In einem besonderen Kapitel betont der Sachverständigenrat die Notwendigkeit, auch im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes 1992, die Attraktivität des Standortes Bundesrepublik Deutschland im internationalen Wettbewerb zu erhalten und zu verbessern.

In diesem Zusammenhang wird nachdrücklich eine Reform der Unternehmensbesteuerung gefordert. „Dazu ist es mehr denn je notwendig, die Rahmenbedingungen für die Unternehmen so zu gestalten, daß deren internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöht wird und sie den Herausforderungen besser gewachsen sind, die sich mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes stellen werden.“



Die 2. und 3. Stufe der Steuerreform 1988 und 1990 werden ausdrücklich als „richtige Schritte auf diesem Weg“ bezeichnet. „Die Senkung des Anstiegers der Grenzsteuersätze, vor allem für die Bezieher mittlerer Einkommen, stärkt die Leistungsanreize, nicht allein die der Selbständigen und Kleingewerbetreibenden, sondern auch die der Arbeitnehmer.“

Ausführlich beschäftigt sich der Sachverständigenrat in einem eigenen Kapitel mit der Tarifpolitik. **Betont wird nachdrücklich die Verantwortung der Tarifpartner für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.**

„Die Wachstumskräfte zu stärken, erfordert eine Tarifpolitik, die den Strukturwandel unterstützt, die Investitionsbereitschaft und die Innovationsneigung fördert und bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen den individuellen Bedürfnissen der Arbeitnehmer sowie den Erfordernissen der Betriebe gerecht wird.“

Den Tarifparteien geben die Sachverständigen den Rat, Differenzierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit in den Branchen anzuregen, die bisher noch undifferenzierte und inflexible Arbeitszeitregelungen haben.

Ausführlich beschäftigt sich der Sachverständigenrat in seinem Gutachten mit dem Ruhrgebiet als einem exemplarischen Fall für eine ehemals blühende Industrieregion, die inzwischen zum Problemgebiet geworden ist. Deutlich wird aufgezeigt, daß durch eine falsche regionale und sektorale Strukturpolitik vorhandene Probleme verschärft und nicht beseitigt worden sind. „Die sektorale Strukturpolitik hat den Strukturwandel eher gehemmt als gefördert.“

Deutliche Kritik übt der Sachverständigenrat an der Politik der SPD-Landesregierung. **„Ein erheblicher Teil der Standortdefizite des Ruhrgebietes ist auch politischen Fehlern und Versäumnissen zuzu-**

**schreiben.** An finanziellen Mitteln, die dem Ruhrgebiet zugeflossen sind, hat es nicht gefehlt. Doch nicht alle Defizite haben mit einem Mangel an Geld zu tun. Eine dynamisch wachsende Wirtschaft braucht nicht nur Arbeit, Kapital und eine gute Infrastruktur, sie braucht vor allem Gestaltungsspielräume, um mit neuen Ideen, Produkten und Organisationsformen erfolgreich zu sein.“

Insgesamt bestätigt das Gutachten: Die Politik der CDU-geführten Bundesregierung ist auf dem richtigen Weg. Wir werden auch weiterhin Wachstum bei stabilen Preisen haben.

---

## Der neue Generationenvertrag

*In der Berliner Vertretung in Bonn wurde das Buch „Der neue Generationenvertrag“ von Ulf Fink vorgestellt. Neben Ulf Fink finden sich dabei unter anderem auch Autoren wie Rita Süßmuth und Warnfried Dettling.*

*Das neue Buch ist bei Piper in München erschienen und legt einer breiten Öffentlichkeit Texte vor, die bei einem Kongreß in Berlin unter der Ägide Finks im Frühjahr 1988 entstanden sind. Ulf Fink fordert darin einen neuen Generationenvertrag.*

*Dieser neue Generationenvertrag ist kein Vertrag im juristischen Sinne, er zielt auf eine Verlässlichkeit, die sozialer Natur ist, und vor keinem Gericht der Welt einklagbar. Eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft wird es sein, eine Kultur freiwilligen Helfens zu schaffen.*

*Bedingung einer Kultur des Helfens ist es, daß die traditionelle Zweiteilung des Lebens in Arbeit und Freizeit ergänzt wird durch die Gewinnung eines neuen tätigen und sozial kreativen Lebensbereiches im Alltag, den Fink „Sozialzeit“ nennt.*

EG-Kommission:

# Der deutsche Aufschwung setzt sich fort

**„Nach der Anpassung an den niedrigeren US-Dollarkurs hat für die deutsche Wirtschaft eine neue Phase rascheren Wachstums und steigender Beschäftigung begonnen.“**

So beurteilt die EG-Kommission in ihrem neuesten Jahreswirtschaftsbericht „1992 vorbereiten“ die derzeitige wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Auch in Brüssel wird die Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung positiv beurteilt. Denn die Kräftigung der Wirtschaftstätigkeit in diesem Jahr führt die EG-Kommission insbesondere auf die Steigerung der Binnennachfrage durch die Steuersenkungspolitik der Bundesregierung zurück.

Für das nächste Jahr sehen die Europäer ein Andauern dieser guten Entwicklung voraus: „Die Aussichten, daß sich der derzeitige, von den Investitionen induzierte Aufschwung in Deutschland fortsetzen wird, erscheinen insgesamt günstig: Das Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen wird wahrscheinlich angeregt durch die steigende Kapazitätsauslastung und eine weitere Verbesserung der Rentabilität. Außerdem wird das Wachstum nunmehr beschäftigungswirksamer, da das Rationalisierungsmotiv jetzt eine geringere Rolle spielt und eine Ausweitung der Produktionskapazitäten immer notwendiger wird.“

Auch die Steuerreform 1990 erhält gute Noten in der Kritik der EG-Kommission: „Das Ziel der deutschen Steuerreform ist eine Stärkung der Marktkräfte der Wirtschaft, indem die Tarifstruktur verbessert und die Steuerlast als Anteil am Bruttosozialprodukt reduziert wird. Heute

erscheint die Steuersenkung von 1990, die nächste Phase der Reform, als eine willkommene Maßnahme, die Fortsetzung der dynamischen Entwicklung der Inlandsnachfrage zu einem Zeitpunkt zu gewährleisten, zu dem die derzeitige Aufwärtsentwicklung der Ausfuhren möglicherweise ihren Höhepunkt überschritten haben wird.“

Dies zeigt: die Politik der Bundesregierung findet auch draußen Zustimmung. Wir sind auf dem richtigen Kurs.

---

## Katholiken wählen Rita Waschbüsch

An der Spitze der katholischen Laienbewegung in der Bundesrepublik steht seit dem 18. November 1988 erstmals eine Frau: Die Herbstvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) wählte mit großer Mehrheit die 48jährige CDU-Sozialpolitikerin Rita Waschbüsch zur neuen Präsidentin. Sie wurde Nachfolgerin von Prof. Hans Maier, der nach zwölfjähriger Amtszeit nicht mehr kandidierte.

In der Führungsspitze des Zentralkomitees wurde der niedersächsische Umweltminister Werner Remmers (CDU) neu als einer der vier Vizepräsidenten gewählt. Im Geschäftsführenden Ausschuß wurden unter anderem die Berliner Senatorin Hanna-Renate Laurien (CDU), der frühere Verteidigungsminister Georg Leber (SPD) und der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) im Amt bestätigt.

Klaus Töpfer:

# Grenzüberschreitender Umweltschutz verbessert

Die Umweltminister von 26 Staaten aus Ost und West haben in Sofia (Bulgarien) eine gemeinsame Deklaration zur Luftreinhaltung unterzeichnet. Darin verpflichten sie sich, ihre nationalen jährlichen Stickstoffoxid-Emissionen, die vor allem aus Kohlekraftwerken und Großfeuerungsanlagen (stationäre Quellen) sowie aus dem Kfz-Verkehr (mobile Quellen) stammen, bis spätestens 1998 um 30 % zu reduzieren, und zwar gegenüber den Emissionen eines Jahres zwischen 1980 und 1985.

Die Unterzeichnung der Deklaration, die für die Bundesrepublik Deutschland Umweltminister Klaus Töpfer vornahm, fand kurz vor der Eröffnung der 6. Sitzung des Exekutivorgans des 1983 in Kraft getretenen Genfer Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigungen statt. Im Rahmen dieser Sitzung haben die Umweltminister aus Ost und West am 1. November 1988 nach 3jährigen Verhandlungen das **Protokoll über die Begrenzung der Stickstoffoxid-Emissionen oder ihrer grenzüberschreitenden Ströme** unterzeichnet. Dieses Protokoll enthält insbesondere die folgenden **völkerrechtlichen Verpflichtungen:**

- Die gesamten nationalen Stickstoffoxid-Emissionen sind **auf dem Stand von 1987 einzufrieren.**

Dafür müssen die Länder sowohl bei den Kohlekraftwerken als auch beim Lkw- und Pkw-Verkehr erhebliche Verringerungsmaßnahmen durchführen.

- Das Protokoll enthält in den Anhängen die Techniken, die bei gegenwärtigem Stand der Technik zur Verminderung von Stickstoffoxiden verfügbar sind. Die einzelnen Staaten sind aufgefordert, diesen **Stand der Technik in nationale Emissionsnormen umzusetzen.**

- Die Verfügbarkeit **bleifreien Benzins** muß spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten des Protokolls sichergestellt sein.

- Die Vertragsparteien werden spätestens 6 Monate nach Inkrafttreten des Protokolls Verhandlungen über eine **zweite Stufe** zur Reduzierung der Stickstoffoxid-Emissionen aufnehmen.

**Der Bundesumweltminister wertet dieses Protokoll** als einen wichtigen Fortschritt zur Bekämpfung auch der grenzüberschreitenden Luftverunreinigung. Dem bisherigen unaufhaltsamen Anstieg der Stickstoffoxid-Belastung wird damit erstmals international Einhalt geboten — ein Ziel, das bei den meisten Unterzeichnerstaaten massive Anstrengungen und erhebliche Investitionen erforderlich macht. Das völkerrechtlich verbindliche Protokoll ist wichtig — die damit erreichbaren Ergebnisse aber noch nicht hinreichend. Eine weitergehende Verpflichtung, insbesondere zur Reduzierung der Gesamtemissionen von Stickstoffoxid um 30%, konnte leider noch nicht erreicht werden, bleibt aber Ziel der internationalen Umweltpolitik der Bundesrepublik Deutschland.

## **Konsequenzen für die Luftreinhaltungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland**

Die Luftreinhaltungspolitik der Bundesregie-

# Nie für eine Legalisierung von Haschisch ausgesprochen

**Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth gab der Augsburger Allgemeinen nachstehendes Interview (Auszug):**

**Frage:** Sie haben gegenüber dem „Spiegel“ gesagt, es sei zu überlegen, ob das Betäubungsmittelgesetz nicht der häufig praktizierten Duldung angepaßt werden müsse. Das Gesetz solle vielmehr so gefaßt werden, daß mehr Rechtsklarheit bestehe. Was heißt das? Oder wie sollen

---

(Fortsetzung von der vorherigen Seite) rung steht jetzt vor einer neuen großen Herausforderung. Die erste große Herausforderung — die drastische Minderung der Schwefeldioxidbelastung — ist erfolgreich bestanden worden.

Mit der Verpflichtung von Sofia, bis 1998 30% der Stickstoffoxide zu mindern, wird ein gleicher Kraftakt bei den Stickoxiden erforderlich.

Bis spätestens 1998 müssen rund 900 000 t NO<sub>x</sub> weniger an die Luft abgegeben werden.

Dieses anspruchsvolle Ziel macht einschneidende Maßnahmen erforderlich:

- spätestens ab 1991/92 bei allen Neuwagen ein verschärftes Tempo bei der Durchsetzung des geregelten Drei-Wege-Katalysators;

- eine deutliche Absenkung der Emissionen bei Lkw und Bussen und die konsequente Einhaltung der bereits gegenwärtig bestehenden Geschwindigkeitsbegrenzung von 80 km/h für Lkw;

- die Durchsetzung der beschlossenen Luftreinhaltemaßnahmen bei Kraftwerken und industriellen Feuerungsanlagen.

diese Verstöße Ihrer Meinung nach künftig geahndet werden?

**Antwort:** Bevor ich auf die Frage eingehe, möchte ich noch einmal klarstellen: Ich habe mich nie für eine Legalisierung von Haschisch ausgesprochen und lehne dies nach wie vor mit Entschiedenheit ab. Es geht um die Frage, wie wir mit jungen Menschen umgehen, die erstmalig mit Drogen in Kontakt kommen. Hier müssen wir darüber nachdenken, wie diese drogengefährdeten jungen Menschen besser als bisher vor einem Einstieg in eine Drogenkarriere bewahrt werden können. Wir wissen doch alle, daß in nicht wenigen Fällen von Freiheitsstrafe der Einstieg in die Drogenkarriere eher gefördert als verhindert wird. Wir haben es heute mit einer sehr unterschiedlichen Praxis bei der Strafverfolgung zu tun. Wir müssen nach Wegen suchen, daß unter gleichen Voraussetzungen nicht der eine als Straftäter verfolgt wird und sein Leben mit der Vorstrafe belastet ist, während der andere die Chance der Rückkehr in ein drogenfreies Leben ohne Vorstrafe erhält.

**Frage:** Sie haben in dem Interview auf ähnliche Forderungen von Ärzten und Drogenberatern hingewiesen. Womit begründen die Mediziner, die Drogenberater das?

**Antwort:** Das Problem bedrängt eben auch viele Ärzte und Drogenberater. Sie befürchten wie ich, daß die Bestrafung von Ersttätern eine Drogenkarriere eher fördern als hindern kann. Und im übrigen möchte ich auch noch einmal auf das Betäubungsmittelgesetz (§ 35 ff) hinweisen, das den Grundsatz der Therapie vor Strafe vertritt.

# „Butterberge“ – bald nur noch Vergangenheit

Die berühmten „Butterberge“ und „Milchseen“ der EG gehören bald der Vergangenheit an. Durch die drastische Verringerung der Lagerankäufe von Butter und Magermilchpulver werden die EG-Bestände gegen Ende des Jahres wieder die für die Versorgung der Bevölkerung als notwendig angesehene Vorratsmenge erreicht haben. Damit ist die 1984 unter maßgeblicher Beteiligung von Bundesernährungsminister Kiechle durchgesetzte Quotenregelung als bedeutsamer Erfolg zur Begrenzung der Überschüsse auf dem Milchmarkt zu werten.

Vor nunmehr viereinhalb Jahren wurde die Quotenregelung für den Sektor Milch eingeführt. Nötig war dies EG-weit geworden, um den Zusammenbruch der EG-Milchmarktordnung mit der Folge eines drastischen Preisverfalls zu verhindern. Durch eine falsche Ausrichtung der EG-Agrarpolitik in den 70er und frühen 80er Jahren, an der die SPD-Regierung maßgeblich beteiligt war, kam es zu den berühmten „Butterbergen“ und „Milchseen“. Ein Hauptziel unserer Agrarpolitik seit Übernahme der Regierungsverantwortung ist daher die Eindämmung aller Überschussproduktionen. Dazu heißt die Devise: Durchführung mengenbegrenzender Maßnahmen gegen direkten Einkommensausgleich. Der erste Schritt in diese Richtung war die Einführung der Garantiemengenregelung Milch und ihre Ergänzung durch die Milchrente.

Die Erfolge sind heute deutlich sichtbar: So lagerten in den Kühllhäusern der EG Mitte Oktober nur noch 367 000 Tonnen Butter; im letzten Jahr waren es noch 1,2 Millionen Tonnen. Die Interventions-

bestände an Magermilchpulver betragen nur noch knapp 11 000 Tonnen gegenüber 710 000 Tonnen im vergangenen Jahr.

Die eingetretene Verringerung des Milchangebots hat außerdem zu einer positiven Preisentwicklung geführt. Seit Herbst 1987 ist eine zunehmende Verbesserung der Erzeugerpreise für Milch sowie eine Festigung der Marktpreise für Milchzeugnisse festzustellen.

Das Beispiel Milch zeigt also, die Mengengrenzung ist ein Beitrag zur Einkommenssicherung. Daher wurde von der Bundesregierung auch ein Konzept der Mengengrenzung an der Quelle und Ausschöpfung der Absatzmöglichkeiten auf dem Gipfel des Europäischen Rates vom Februar 1988 zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik in die Verhandlungen eingebracht. Durch die Einbeziehung direkt produktionssenkender Maßnahmen und die Entschärfung der von der EG-Kommission verfolgten Preissenkungsstrategie, sind der Landwirtschaft neue Wege zur Produktionsanpassung bei gleichzeitiger Einkommenssicherung eröffnet worden. Die Erfolge auf dem Milchsektor sind dabei das beste Beispiel für die Wirksamkeit solcher Maßnahmen.

---

## PERSONALIE

Anja Fichtel, zweifache Goldmedaillengewinnerin im Damenflorett bei den Olympischen Spielen 1988 in Seoul, ist von Generalsekretär Heiner Geißler in den Bundesfachausschuß Sport der CDU berufen worden.

# Gesundheitsreform berücksichtigt auch die Belange der Familien

Durch die Reform im Gesundheitswesen wird der spezifische Familienlastenausgleich der gesetzlichen Krankenversicherung bekräftigt. Beispielsweise für:

- **Familienangehörige:** Familienangehörige sind weiterhin beitragsfrei in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert. Sie erhalten ab 1989 sogar einen eigenen Versicherungsanspruch.
- **Müttervorsorge- und Müttergenesungskuren:** Auch nach der Gesundheitsreform können Krankenkassen Kuren für Mütter in dem bisherigen Rahmen finanzieren.
- **Kinder unter 18 Jahren:** Kinder unter 18 Jahren sind grundsätzlich von Zuzahlungen befreit. (Ausnahmen: Zahnersatz, Fahrkosten)
- **Festbeträge:** Bei allen Arznei-, Hilfs- oder Heilmitteln, für die Festbeträge vereinbart werden, übernimmt die Krankenkasse die Kosten bis zur Höhe der Festbeträge. Dadurch bekommen die Versicherten eine in der Qualität gesicherte Versorgung ohne jede Selbstbeteiligung.
- **Kieferorthopädische Behandlung:** Bei abgeschlossener kieferorthopädischer Behandlung übernimmt die gesetzliche Krankenkasse die notwendigen Kosten in vollem Umfang.
- **Sozialklausel:** Wer unter die Sozialklausel fällt, ist grundsätzlich von Zuzahlungen befreit (Ausnahme: Zuzahlung bei Krankenhausbehandlung).  
Bezieher von Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge, Arbeitslosenversicherung und Ausbildungsförderung und ihre Familien

sind grundsätzlich von Zuzahlung befreit, weil dieses für sie eine unzumutbare Belastung wäre. (Ausnahme: Zuzahlung bei Krankenhausbehandlung)

Unter die Sozialklausel fallen auch alle Versicherten, deren Bruttoeinkommen 1989 1.260 DM nicht übersteigt. Die Einkommensgrenze erhöht sich bei Verheirateten für den Ehegatten oder bei Alleinerziehenden für das erste Kind um 472,50, für jedes weitere Kind um weitere 315 DM.

Ein Ehepaar mit zwei Kindern ist also bis zu einem monatlichen Bruttoeinkommen von 2.362,50 DM in der Regel von Zuzahlungen befreit.

■ **Überforderungsklausel:** Familien, die mit ihrem Einkommen nicht mehr unter die Sozialklausel fallen, müssen bezogen auf Zuzahlungen bei Arznei- und Heilmitteln sowie Fahrkosten, nur Zuzahlungen bis zu der ihnen zumutbaren Eigenbelastung leisten. Diese zumutbare Eigenbelastung beträgt bis zu einem Einkommen von monatlich 4.500 DM zwei Prozent des Bruttoeinkommens, darüber hinaus vier Prozent des Bruttoeinkommens. Auch die zumutbare Eigenbelastung ist nach der Familiengröße gestaffelt. Einem Kind (monatliches Bruttoeinkommen: 3.200 DM) wird eine monatliche Zuzahlung von max. 64 DM zugemutet, bei einem verheirateten Durchschnittsverdiener mit drei Kindern vermindert sich dieser Betrag auf max. 35,65 DM im Monat.

Diese Regelungen zeigen, daß auch zukünftig Familien gut in der gesetzlichen Krankenversicherung aufgehoben sind.

# Zitat

## Der verdiente Wohlstand

*Amerikanische Journalisten haben den Spruch geprägt, wonach gute Nachrichten eine Nachricht nicht wert sind. Ein zweifelhafter Grundsatz, denn die Welt der Katastrophen, die täglich Einzug in unsere Wohnstuben hält, die Miesmacherei, die Lust am Skandal — all dies ist zwar unvermeidlich und hat hier und da auch einen Lerneffekt. Aber das Positive aus der Berichterstattung herauszuhalten ist eben Nachrichtenverfälschung, worüber sich auch deutsche Journalisten nicht immer im klaren zu sein scheinen.*

*Wie sonst hätten die Meldungen über den neuen Wohlstand in der Bundesrepublik, über die rasant gestiegene Konsumfreudigkeit der Bundesbürger und über den deutlichen Stimmungswandel in den Unternehmen, die wieder kräftig investieren, bislang so geringe Resonanz haben können? Und wenn das Thema Beachtung fand, dann oft ohne Berücksichtigung des Wortes von Ludwig Marcuse: „Nur wer im Wohlstand lebt, der schimpft auf ihn.“*

*Ist Wohlstand verwerflich? Wenn das Vermögen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik inzwischen die astronomische Summe von 10.000 Milliarden Mark erreicht hat, Geld und Wertpapiere ebenso eingeschlossen wie Grundbesitz, Versicherungsguthaben und Kunstgegenstände, so beruht dies zunächst einmal auf drei positiven Faktoren.*

*Unser Land kann auf die längste Friedensperiode in seiner jüngeren Geschichte zurückblicken. Mit der Entscheidung für die soziale Marktwirtschaft wurde der Grundstein für ein Wirtschaftswunder gelegt, in dem bei relativ stabilen Preisen und beachtlicher sozialer Absicherung für breite Bevölkerungsschichten ein bis dahin nicht gekanntes Wohlstandsniveau möglich wurde. Und schließlich vererbt erstmals seit vielen Jahren eine Generation unbeschadet von Krieg, Inflation und Währungsreformen ihr Vermögen auf die nächste Generation.*

*Daran ist nichts Schlechtes. Auch nicht an der neuerlich gestiegenen Ausgabefreudigkeit der Bürger, wie sie jetzt von der Deutschen Bundesbank registriert wurde. Denn sie zeigt, daß die Menschen wieder mehr Vertrauen in die künftige Wirtschaftsentwicklung setzen. Ein Effekt, der angesichts der zahllosen Unkenrufe skeptischer Bonner Oppositionspolitiker und der düsteren Prognosen mancher Wirtschaftsforschungsinstitute keineswegs selbstverständlich ist.*

*Ein überaus günstiges Bild von der Konjunktur zeichnete auch der Bundesverband der deutschen Industrie. Während das Wirtschaftswachstum in den vergangenen zwei Jahren hauptsächlich vom privaten Verbrauch ausgegangen sei, so hieß es, hätten nun Exporte und private Investitionen wieder die Führungsrolle übernommen; dies könne ein Zeichen für die Dauerhaftigkeit des Wachstumsprozesses sein.*

*Schöne Aussichten also, der Rede durchaus wert. Ein Erfolg derjenigen, die auf die soziale Marktwirtschaft gesetzt haben und daran festhalten und die das „Soziale“ dabei wahrlich nicht aus den Augen verloren haben. Ein Erfolg auch der Regierung Kohl, auf die zu schimpfen in manchen Kreisen geradezu als Zeichen erhöhter Intelligenz gilt.*

*(Bonner Rundschau vom 21.10.1988)*

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

# DEUTSCHLAND SICHER SOZIAL UND FREI



## Magazin: „40 Jahre CDU“

Die Geschichte der CDU und ihrer Programmatik werden in diesem Magazin interessant und mit vielen Bildern dargestellt. Bestens geeignet als Ergänzung bei allen Ihren Aktionen im Rahmen des 40jährigen Jubiläums der Bundesrepublik Deutschland.

Mindestabnahme:  
100 Exemplare  
Preis pro  
Mindestabnahme:  
44, — DM  
zuzügl. MwSt.  
Bestell-Nr.: 2683

Bestellungen über das  
**IS-Versandzentrum**  
**Postfach 1328**  
**4804 Versmold**

# UID

37/88

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421.  
**Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM, Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.